

Pflegefinanzierung: «Das Prinzip Hoffnung wird nicht funktionieren»

Demografie Die Zahlen, die die Stiftung Zukunft.li im Zuge ihrer Studie zur Finanzierung der Alterspflege vorgelegt hat, haben den Abgeordneten zu denken gegeben. Im Rahmen der Aktuellen Stunde loteten sie Lösungsmöglichkeiten aus. Die FBP und die VU haben bereits ein Postulat zum Thema erarbeitet.

VON DORIS QUADERER

Die Freie Liste hatte das Thema Pflegefinanzierung für die Aktuelle Stunde ausgewählt, wohlwissend, dass eine Stunde nicht ausreichen werde, das Thema abschliessend zu behandeln, wie Wolfgang Marxer (FL) eingangs festhielt. Und es zeigte sich bereits beim lockeren Diskutieren, dass es keine Lösung ohne Nachteile gibt und alle Vorschläge irgendetwas wehtun werden. Die grösste Herausforderung wird wohl werden, nicht nur einen Vorschlag auszuarbeiten, sondern diesen dann auch beim Volk durchzubringen, wie verschiedene Abgeordnete anmerkten.

Postulat bereits vorbereitet

Um möglichst breit über verschiedene Vorschläge diskutieren zu können, kündigten FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry und VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser ein Postulat der beiden Fraktionen zum Thema Pflegefinanzierung an. Dieses sei bereits in den letzten Wochen von FBP- und VU-Abgeordneten erarbeitet worden und soll nun in Kürze eingereicht werden. Die Fraktionen wollen mit dem Postulat die Regierung auffordern, alternative Methoden zur Finanzierung der Pflege zu prüfen. Zwar sei Pflegefinanzierung auch Teil des Regierungsprogramms, aber mit dem Vorstoss soll dem Thema mehr Dringlichkeit verliehen werden. Daniel Oehry lud auch die Fraktionen der beiden Oppositionsparteien ein, das Postulat ebenfalls zu unterzeichnen. Wolfgang Marxer (FL) begrüsst dies, merkte jedoch an, dass er gerne daran mitgearbeitet hätte. Denn dass gehandelt werden muss, darüber herrschte Einigkeit im Landtag. Zu deutlich sind die Zahlen, die die Stiftung Zukunft.li im Rahmen ihrer Studie vorgelegt hatte: «Das Prinzip Hoffnung wird nicht funktionieren.



Die Fraktionssprecher von VU und FBP, Christoph Wenaweser (links) und Daniel Oehry (Mitte) kündigten ein Postulat zur Pflegefinanzierung an. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini machte selbst einen gewagten Vorschlag. (Fotos: M. Zanghellini)

Die Alterspflege wird eine enorme Herausforderung werden - wirtschaftlich und gesellschaftlich», machte der VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser deutlich. Den Vorschlag der Stiftung Zukunft.li, ein vererbbares Pflegekapital einzuführen, hält Wenaweser für einen gangbaren Weg. Es gelte jedoch zu berücksichtigen, dass nicht alle Bewohner des Landes in der Lage sein werden, das anzuspargende Kapital

aus eigener Wirtschaftskraft zu erfüllen. Ein Argument, das noch weitere Abgeordnete ins Feld führten. Alternativ schlug Wenaweser vor: «Zumindest überlegenswert wäre es gerade auch in diesem Zusammenhang, das Pflegekapital nicht nur ansparen, sondern es sich wahlweise auch mit Gemeinwesenarbeit erschaffen zu können.» Konkret: Durch Freiwilligenarbeit im Rahmen der Alterspflege könnte man

sein Guthaben erhöhen. Ein Vorschlag, dem auch Wolfgang Marxer von der Freien Liste etwas abgewinnen konnte.

Nicht mehrheitsfähig

DU-Fraktionssprecher Harry Quaderer sieht den Vorschlag der Stiftung Zukunft.li skeptisch. Er bezweifelte, dass das Volk ein solches System gutheissen würde. Er appellierte daher an die Eigenverantwortung. So sollte

angespartes Geld für Pflegeausgaben aufgewendet und nicht verschenkt oder vererbt werden können. «Auch Häuser und Böden sollte man nicht weitervererben. Der Staat soll erst dann einspringen, wenn kein Vermögen mehr da ist», so Quaderer. Johannes Hasler (FBP) machte sich als jüngster Abgeordneter für die Generationengerechtigkeit stark. Für eine fundierte Diskussion über verschiedene Massnahmen benötige der Landtag jedoch mehr Informationen. Er warnte jedoch davor, ein System einzuführen, das sparsame Personen bestrafe. Ein Einwand, den auch andere Abgeordnete teilten. Thomas Lageder (FL) und Wendelin Lampert (FBP) wiesen darauf hin, dass, bevor man über ein neues System nachdenke, zuerst die Hausaufgaben bei der zweiten Säule gemacht werden müssten. Schliesslich seien die Beitragsätze im Vergleich zur Schweiz enorm niedrig, betonte Thomas Lageder. Wendelin Lampert wunderte sich, dass sich nun plötzlich verschiedene Abgeordnete vorstellen könnten, den Kapitalbezug bei der Pensionskasse einzuschränken. Schliesslich sei er mit diesem Vorschlag im Landtag in der Vergangenheit ziemlich allein dagestanden.

Vorschlag des Ministers Pflegekapital via Pensionskasse

Aufhorchen liess der Vorschlag des Gesellschaftsministers Mauro Pedrazzini. Seines Erachtens ist es nicht mehrheitsfähig, eine neue Form des Zwangssparens einzuführen. Ebenso könnten wohl keine Mehrheiten für den Aufbau einer neuen staatlichen Institution gefunden werden, die diese «vierte Säule» dann verwalte. Alternativ schlug er vor, dass ein Teil des Altersguthabens bei der Pensionskasse bei Rentenanstritt nicht bezogen werden darf, sondern

zur Pflegefinanzierung auf dem Pensionskassenkonto bleiben muss. Wie gross dieser Teil sein dürfe, müsse definiert werden.

Ehegattensplitting in Pensionskasse

Da jedoch oftmals Frauen, die sich um die Familie gekümmert haben, kein eigenes Pensionskassenkonto haben oder ein nur geringes Altersguthaben, schlägt der Gesellschaftsminister ein Ehegattensplitting vor. «Es werden also die seit der Eheschliessung angesparten Altersguthaben der Pensionskassen beider Ehepartner addiert und hälftig geteilt, danach wird wie bereits beschrieben verfahren: Ein Teil kann vom jeweiligen Ehepartner als Kapital oder als

Rente bezogen werden, der andere Teil wird als Guthaben zur Pflegefinanzierung verwendet. Die entsprechenden Regeln sind so auszugestalten, dass weder eine Ehestrafe noch eine Bevorzugung von Ehepartnern gegenüber nicht verheirateten Personen resultiert», erklärte Pedrazzini und fügte einen nicht unwesentlichen Punkt bei: «Ganz nebenbei würde bei einem vollständigen Ehegattensplitting auch die Problematik adressiert werden, dass Ehefrauen, welche nicht erwerbstätig sind und sich stattdessen der Kindererziehung oder dem Haushalt gewidmet haben, angeblich keine zweite Säule hätten. In der AHV kennen wir das vollständige Splitting schon lange,

es ist meines Erachtens Zeit, dass wir es auch in der zweiten Säule einführen.» Pedrazzini sei sich zwar bewusst, dass eine Umsetzung des Vorschlags nicht einfach sei. Aber wenn die Wahl der Pensionskasse unabhängig vom Arbeitgeber gemacht würde, könnte das zu bewerkstelligen sein, ist Pedrazzini überzeugt: «Heute sind die Arbeitnehmer an die Pensionskasse gebunden, die der Arbeitgeber vorgibt. Ich denke, dass jeder Arbeitnehmer selbst seine Pensionskasse aussuchen soll und der Arbeitgeber dann Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge dorthin überweist. Ehepaare würden sich dann vorteilhafterweise bei derselben Pensionskasse versichern.»